

Hilfe für Afrika verstärken!

Sicherheitsrat verabschiedet Erklärung zum Millenniumsgipfel – Hilfe für Afrika soll verstärkt werden

NEW YORK: Einen intensiveren Kampf gegen die Armut, stärkere Anstrengungen im Umweltschutz und eine Verbesserung ihrer Möglichkeiten zur Friedensbewahrung haben sich die Vereinten Nationen für das neue Jahrhundert auf ihre Fahnen geschrieben.

Eine entsprechende weit reichende Aufgabenliste, zu der auch die Stärkung von Demokratie und Menschenrechten und der Kampf gegen die Ausbreitung von Aids gehören, sollte am Freitag zum Abschluss des dreitägigen UN-Millenniumsgipfels in New York von den 150 anwesenden Staats- und Regierungschefs verabschiedet werden.

UN-Generalsekretär Kofi Annan hatte schon vor Beginn des Gipfels deutlich gemacht, dass er sich mit Versprechungen allein nicht zufrieden geben will. Er erwarte, dass jeder einzelne der Staatschefs «nach Hause fährt und anfängt, etwas zu tun.»

Einen der wichtigsten Akzente des Gipfels hatte am Donnerstag der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gesetzt, der versprach, den Einsatz der



US-Präsident Bill Clinton wies in seiner Rede auf den Zusammenhang zwischen politischen Krisen und grundlegenden Problemen wie Armut hin. Links Englands Regierungschef Tony Blair.

UN-Friedenstruppen in Krisengebieten von Grund auf erneuern zu wollen. Die Blauhelmsoldaten sollten schneller und wirksamer auf Konfliktsituationen reagieren können, forderten die Regierungschefs der 15 im Sicherheitsrat vertretenen Staaten. Mehr als bisher solle

auf eine realistische Definition des Mandats der Blauhelme und auf eine wirksame Ausrüstung der Soldaten geachtet werden.

Die entsprechende UN-Abteilung soll neu organisiert werden. Derzeit sind mehr als 37 000 Soldaten und Zivilpoli-

zisten in 14 Friedensmissionen der UN im Einsatz.

Die Erklärung erfolgte aber nicht in der sonst üblichen Form einer Resolution, sondern wurde nur als Anhang zu einer Resolution angenommen. Ob dies bindend sei, war unter Diplomaten strittig. Es war ein

Kompromiss, der in mehr als einwöchigen Verhandlungen erreicht wurde. Mehrere Staaten seien nicht bereit gewesen, solche weit reichende Zusagen in einer Resolution zu machen. Deshalb sei beschlossen worden, die Erklärung nicht so weit zu verwässern, bis sie für alle als Resolution annehmbar geworden wäre, sondern sie als Anhang zu verabschieden.

Die Sitzung des Sicherheitsrates war erst die zweite in der Geschichte der Vereinten Nationen, bei der die 15 Mitgliedsstaaten von ihren Regierungschefs statt wie sonst von den UN-Botschaftern vertreten wurden. Sie beschlossen unter anderem, «der Förderung von dauerhaftem Frieden und nachhaltiger Entwicklung in Afrika sowie den spezifischen Merkmalen afrikanischer Konflikte besondere Aufmerksamkeit zu widmen». US-Präsident Bill Clinton wies in seiner Rede auf den Zusammenhang zwischen politischen Krisen und grundlegenden Problemen wie Armut hin: «Solange wir uns nicht dem Bindeglied zwischen Mangel, Krankheiten und Krieg stellen, werden wir nie in der Lage zu sein, den Frieden zu schaffen, von dem die Gründer der Vereinten Nationen träumten», sagte Clinton.

Noch kein Ende der Tankblockaden in Frankreich in Sicht

Die meisten Tankstellen sind mittlerweile vollkommen leer

PARIS: Trotz des Einlenkens des wichtigsten Berufsverbandes der Spediteurunternehmer hat sich in Frankreich am Freitag zunächst noch kein Ende der Tanklager-Blockaden abgezeichnet.

Wegen der Blockaden waren zahlreiche Tankstellen vollkommen leer. Nur vereinzelt wurden Barrikaden aufgehoben und 101 Raffinerien und Depots sind weiterhin blockiert. Auch wurden erste Fälle von Benzin-Diebstahl bekannt.

Auf der Autobahn zwischen Lyon und Marseille sank der Verkehr gegenüber normalen Wochentagen um rund einen Drittel, nach Angaben der Autobahngesellschaft blieben jedoch nur wenige Wagen wegen

Treibstoffmangels stecken. Protestierende Bauern behinderten in Nordfrankreich die Zufahrten zum Kanaltunnel nach Grossbritannien. Kerosin-Knappheit führte dazu, dass in Lyon und Nizza insgesamt 38 Flüge gestrichen werden mussten.

Einlenken

Der französische Spediteurverband FNTR zeigte sich trotz der fortbestehenden Blockaden optimistisch über ein baldiges Ende der Treibstoffknappheit. «Für uns ist die Krise beendet», sagte Verbandschef René Petit in Paris. Die Basis wollte den Aufrufen des mitgliederstärksten französischen Führerunternehmerverbandes FNTR zur Aufhebung der Sperren vorerst



Nur noch wenige Tankstellen verfügen in Frankreich über Benzin.

nicht folgen. Der FNTR, der rund 15 000 Transportbetriebe repräsentiert, hatte in der Nacht zum Freitag bei neuen Gesprächen mit Verkehrsminister Jean-Claude Gayssot die Zugeständnisse der Regierung angenommen. Paris hatte eine Senkung der Dieselsteuer für Lastwagen von derzeit 2,57 Franc um 35 Centimes (rund 8 Rappen) pro Liter für das laufende Jahr zugesagt, im Jahr 2001 soll diese Ermässigung um zehn auf 25 Centimes (rund 6 Rappen) zurückgenommen werden. Dieses Angebot war bereits am Mittwoch vom Berufsverband TLF angenommen worden, der die grossen Transportbetriebe mit rund der Hälfte der französischen Lastwagenflotte vertritt.

Russland dementiert

MOSKAU: Die russische Marine hat am Freitag Berichte zurückgewiesen, wonach das mit 118 Mann Besatzung verunglückte russische Atom-U-Boot «Kursk» von der eigenen Flotte versenkt worden sei.

Beim Manöver seien nur Raketen und Torpedos ohne Gefechts-Sprengköpfe verwendet worden; zitierte die Nachrichtenagentur Interfax den Sprecher der russischen Marine, Igor Dygalo. Die «Berliner Zeitung» berichtete in ihrer Freitagsausgabe, eine moderne Anti-U-Boot-Rakete, die vom russischen Raketenkreuzer «Pjotr Weliki» (Peter der Grosse) abgefeuert wurde, habe die Katastrophe verursacht.

Die Zeitung beruft sich auf einen in Moskau bisher unveröffentlichten Untersuchungsbericht des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB. Der Bericht sei Präsident Wladimir Putin am 31. August von FSB-Chef Nikolai Patruschew vorgelegt worden.

«Im Verlauf eines See-Manövers sind solche Ereignisse ausgeschlossen, weil alle beteiligten Schiffe sich nur in zugeordneten Gebieten bewegen», sagte Dygalo. Übungsschiessen würden nur unter strengsten Sicherheitsvorkehrungen durchgeführt.

In dem FSB-Bericht heisst es nach Angaben der «Berliner Zeitung», der Kreuzer habe am 12. August im Rahmen eines Flottenmanövers einen Marschflugkörper vom Typ «Granit» abgeschossen, der mit einem neuen Gefechtskopf gegen Unterwasserziele ausgerüstet war.

Russische Militärs vertreten bisher energisch die Auffassung, dass die «Kursk» von einem ausländischen U-Boot gerammt worden sei.

NACHRICHTEN

Massen-Proteste in Brasilien

RIO DE JANEIRO: In Brasilien haben Zehntausende anlässlich des Unabhängigkeitstages und des Endes einer Volksbefragung über die Auslandsschulden des Landes gegen die Wirtschafts- und Sozial-Politik der Regierung protestiert. Allein an der grössten Protestkundgebung nahmen am Donnerstag im Wallfahrtsort Aparecida im südöstlichen Staat Sao Paulo nach Medienschätzungen rund 50 000 Menschen teil.

U-Boot für Drogentransporte

BOGOTÁ: Die kolumbianische Polizei hat in der Nähe von Bogotá ein im Bau befindliches U-Boot sichergestellt. Das Schiff war wahrscheinlich für den Transport von Drogen ins Ausland bestimmt. In in dem Schiff hätten 150 bis 200 Tonnen Kokain transportiert werden können, sagte der kolumbianische Polizeichef Luis Ernesto Gilibert am Donnerstag.

Arsenverseuchtes Trinkwasser

GENF: In Bangladesch riskieren nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) 35 bis 77 Millionen Einwohner, arsenverseuchtes Trinkwasser zu konsumieren. Es drohe eine grössere Katastrophe als Tschernobyl, erklärte die WHO am Freitag. Bei mindestens 100 000 Einwohnern seien bereits Hautverletzungen registriert worden, die auf eine Vergiftung durch Arsen zurückzuführen seien.

Gesetzespaket gegen Terrorismus in Spanien

MADRID: Mit einer drastischen Gesetzesverschärfung will die spanische Regierung gegen Sympathisanten der baskischen Untergrundorganisation ETA vorgehen. Wie Justizminister Angel Acebes gestern mitteilte, billigte das Kabinett ein Gesetzespaket, das unter anderem vorsieht, am Strassenkampf beteiligte Jugendliche wie Erwachsene zu bestrafen. Damit würde die Höchststrafe von bisher fünf auf 20 Jahre steigen.

Massaker in Westtimor

ATAMBUA: In der indonesischen Provinz Westtimor ist die staatliche Ordnung offenbar zusammengebrochen. Augenzeugen berichteten, proindonesische Milizen würden ungestraft Gewalttaten verüben.

Vertreter der UN befürchteten, dass bei einem Massaker bis zu 20 Dorfbewohner ermordet wurden. Die indonesischen Streitkräfte sprachen von mindestens elf Toten.

Fast 400 internationale Helfer waren geflohen, nachdem mehrere tausend Milizionäre am Mittwoch das UNHCR-Gebäude in Atambua gestürmt und drei UN-Mitarbeiter ermordet hatten.

REKLAME

telecom FL

Besuchen Sie uns an der LIHGA Halle 5, Stand 5

„aafach persönlicher“

...beraten mir sii
wenns um Kameras & Zubehör got...



FOTO KAUFMANN

im Zentrum 11 4131 30 225
Telefon +423 232 91 11 • Telefax +423 232 11 19

HARLEKIN

Landstr. 30, Schaan
Tel. 00423 238 11 55
Fax 00423 238 11 56



@ NET SOLUTIONS

made by KYBERNA

KYBERNA INFORMATIK

First Franz Josef Strasse 5 • FL 9490 Vaduz
Tel. +423/236 55 88 • Fax +423/236 53 75
E-Mail: admin@kyberna.com
http://www.kyberna.com

LIHGA
Halle 1, Stand 43